Doku alle Texte zur Absage 2020 Internet 12.10.2020 vor dem Umbau

Die 18. Internationale Münchner Friedenskonferenz 2020 ist abgesagt!!

Mitteilung an die Medien 16.1.2020

Absage der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2020

Unsere Absicht mit der Konferenz 2020 war, unter anderem, das Szenario „Sicherheit neu denken“ bekannt zu machen und zu diskutieren. Das Konzept beschreibt eine politische Strategie, wie die Sicherheit Deutschlands ohne Militär möglich ist.

In den letzten Tagen wurde in den Medien der Vorwurf des Antisemitismus gegen die OrganisatorInnen der Friedenskonferenz implizit und explizit erhoben. Diese Vorwürfe und Unterstellungen haben wir zwischenzeitlich entschieden zurückgewiesen. Trotzdem mussten wir eine weitere Eskalation der Kampagne gegen unsere Veranstaltung in den nächsten Wochen befürchten.

Wir sehen uns nicht in der Lage, die Veranstaltungen der Internationalen Münchner Friedenskonferenz sorgfältig vorzubereiten, und gleichzeitig und zeitnah zu den vielen Artikeln und Kommentaren in den Medien Stellung zu nehmen.

In der derzeitigen Situation können wir die Verantwortung für die Sicherheit der ReferentInnen und der TeilnehmerInnen nicht übernehmen. Der störungsfreie Ablauf der Veranstaltung ist aus unserer Sicht nicht mehr gewährleistet

Der Trägerkreis der Friedenskonferenz hat sich daher entschlossen, die Friedenskonferenz 2020 abzusagen und hat heute dem Herrn Oberbürgermeister, Dieter Reiter, folgendes mitgeteilt:

- Der Hauptgrund (für die Absage) sind die Vorgänge um das Grußwort durch Stadtrat Marian Offman. Wir haben keine Kapazität, die Friedenskonferenz vorzubereiten und gleichzeitig diesen Konflikt für alle zufriedenstellend zu lösen.
- Wir sehen die Unversehrtheit für alle an der Friedenskonferenz Beteiligten nicht mehr gewährleistet.
- Wir bedauern, dass unser Verhalten von Ihnen (Herr Reiter) und Herrn Offman als Affront gesehen wurde.
- Wir möchten zudem betonen, dass wir vor dieser Entscheidung (i.e. die Konferenz abzusagen) bereits beschlossen hatten, das Angebot der Stadt anzunehmen und Herrn Offman die Grußworte der Stadt überbringen zu lassen.
-

Es fällt uns nicht leicht, die Veranstaltung abzusagen, weil uns der alljährliche konstruktive Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit wichtig ist.

Mit freundlichen Grüßen für den Trägerkreis Gudrun Haas, Thomas Rödl

Diese Erklärung wurde mit den folgenden Gruppen des Trägerkreises abgestimmt:
Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern;
pax christi im Erzbistum München und Freising;
NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit;
Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern;
Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.;

Bitte um Solidarität

auch eine abgesagte Veranstaltung kostet Geld. Die Konferenz war ja fertig organisiert, mehr als die Hälfte der notwendigen Arbeitszeit für das Projekt investiert. Jetzt können bewilligte Zuschüsse nicht abberufen werden, es werden keine weiteren Spenden eingehen. Seit 4 Wochen hält uns der Wirbel um das Grußwort in Atem und von konstruktiver Arbeit ab.
Daher bitten wir um Spenden!

Konto des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes e.V.,
bei der GLS- Bank, Stichwort „Friedenskonferenz“ (Spenden steuerlich absetzbar)
IBAN: **DE37 4306 0967 8217 1208 00** ;
BIC: GENODEM1GLS

Bitte teilen Sie uns Ihre Adresse mit, bzw. stellen Sie sicher, daß auf dem Überweisungsbeleg Ihre komplette Adresse mitgeteilt wird, wenn Sie eine Spendenquittung benötigen!

Sonntag 9.2., 11:30 Uhr **Friedensgebet der Religionen**. Pfarrsaal St. Anna (an der U-Bahn-Station Lehel)

Juden, Buddhisten, Christen, Muslime, Bahai beten gemeinsam für den Frieden

---

Mitteilung des Trägerkreises vom 6.1. 2020:

Der langjährige Moderator des Internationalen Forums, Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim internationalen Versöhnungsbund, hat zu Beginn des Jahres 2019 eine eigene Sendereihe im Rahmen von Transparenz TV mit dem Titel „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“ anvertraut bekommen, für die er jede Woche ein 45-Minuten- Interview produziert.
Neben seinen weiteren Aufgaben für den Versöhnungsbund war es ihm zeitlich nicht mehr möglich, die Moderation der Internationalen Münchner Friedenskonferenz fortzusetzen, so dass er dem Vorbereitungsteam im vergangenen Jahr mitgeteilt hat, nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger zu suchen, der mit Gerd Bauz gefunden wurde.
Auf der Konferenz 2020 wird Clemens Ronnefeldt verabschiedet werden.

---

geplanter Schwerpunkt der abgesagten Friedenskonferenz 2020:

Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

ein kompletter Umstieg von der militärischen zu ziviler Sicherheitspolitik ist möglich – das zeigt ein entsprechendes Szenario der Evangelischen Landeskirche in Baden.
Das Szenario lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr 80 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention anstatt in die Bundeswehr investieren. Grundlage sind bereits erprobte und realisierte Instrumente ziviler Prävention, gerechtes Wirtschaften, die Förderung nachhaltiger Entwicklung im Nahen Osten und Afrika sowie eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion.
So könnte die OSZE zur polizeilichen Sicherheitsorganisation für Europa ausgebaut und die Bundeswehr komplett zum Technischen Hilfswerk transformiert werden.
Das Szenario zeigt auf, wie wir erprobte Instrumente gewaltfreier Krisenprävention konsequent weiterentwickeln und uns der Möglichkeit einer aktiven gewaltfreien Sicherheitspolitik öffnen können. Und es beschreibt, wie durch eine gemeinsame Kampagne der Zivilgesellschaft und der Kirchen entsprechende Bundestagsbeschlüsse im Jahr 2025 und 2035 vorbereitet werden könnten.
Ralf Becker, Projektkoordinator der Evangelischen Landeskirche in Baden, stellt am Freitag Abend das Szenario und die geplante Kampagne zur Umsetzung des Szenarios vor, die seit 2019 von einem 15-köpfigen Team aus 14 Organisationen vorbereitet wird.

www.sicherheitneudenken.de

Polizeikräfte im Konzept „Sicherheit Neu Denken“ (Snd)
Die aktuelle Runde am 15.2. soll einen Aspekt des Szenarios „Sicherheit neu denken“ intensiver behandeln. Das Konzept sieht vor, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu einer Sicherheitsorganisation aufzubauen, die über Polizeikräfte verfügt. Diese sollen ständig einsatzbereit und durchsetzungsfähig sein. UNO-Friedensmissionen sollen generell als Polizeieinsätze organisiert werden. Diese UNO- Polizeitruppen sollen in allen Fällen zwischenstaatlicher Konflikte und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt werden.
Der Trägerkreis der Münchner Friedenskonferenz hat im Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ ein Konzept für Sicherheitskräfte der UNO skizziert.
http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=50
In der Friedensbewegung wird im Zusammenhang mit der Forderung nach Abschaffung des Militärs über Polizeikräfte sehr kontrovers diskutiert.
Weiterhin sollen Erfahrungen mit internationalen Polizeimissionen in die Diskussion eingebracht werden.
<<<<<<<<<<<<

Betrifft: Grußwort bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz

Stellungnahme Thomas Rödl Stand 13.1.2020

Mit Mail vom 18.12.2019 hat uns das Büro des Oberbürgermeisters mitgeteilt:
„Wenn Sie damit einverstanden sind, wird in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters, Herr Stadtrat Marian Offman an der Veranstaltung teilnehmen und ein Grußwort sprechen.“
Natürlich hat uns das erst mal erstaunt - will Herr Offman denn überhaupt mit den Positionen der Friedenskonferenz identifiziert werden? Zum Beispiel: „Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung“. Seine Positionen zu den Themen Militär, Abrüstung, Atomwaffen dürften doch unseren genau entgegengesetzt sein.
Dies habe ich dem OB-Büro **telefonisch und informell** mitgeteilt, weiterhin, dass wir befürchten, es könnten dann plötzlich Themen die Friedenskonferenz dominieren, die wir in unserem geplanten Programm gar nicht ansprechen wollten. Weiterhin haben wir befürchtet, dass Kritiker der Positionen und Politik des Herrn Offman auftreten könnten und die Veranstaltung stören oder eine Diskussion erzwingen wollen, die unsere Veranstaltung sprengen würden. Nota bene: Nicht antisemitische Krawallmacher, sondern Menschen aus der Münchner Friedens- und Menschenrechtsbewegung, die sich als Antisemiten diffamiert fühlen!
Also informell die freundliche Bitte, doch noch jemand zu suchen, der/die uns politisch näher steht!
Aus dem Trägerkreis gab es zu diesem Zeitpunkt unterschiedliche Stellungnahmen -- teils, Herrn Offman nicht zu akzeptieren, teils, ihn einzuladen und die Widersprüche auszuhalten, teils, erst einmal ein Gespräch zu suchen und dann in Ruhe darüber zu entscheiden!
Zu diesem Zeitpunkt befanden wir uns nach meiner Auffassung noch in einem Entscheidungsfindungsprozess - keine „Ausladung“ ! - sondern die Abwägung der Argumente, ob wir ihn einladen wollen oder nicht.
(Es gibt keine formalen Festlegungen, dass der Trägerkreis den Vorschlag der Stadt bezüglich Grußwort zu akzeptieren hat. Dann hätten wir ja den Vorschlag des OB- Büros ohne weitere Debatte akzeptieren müssen; oder die Veranstaltung absagen. Es gab auch bereits eine Veranstaltung im Rathaus ohne Grußwort)
Die Kommunikation, insbesondere auch mit dem Kreisjugendring, war nicht optimal, nicht zuletzt wegen der Weihnachtsfeiertage. Der KJR- Vorstand hat dann auf den Zeitungsartikel in der Süddeutschen reagiert, ohne mit mir / mit uns zu sprechen, ich war über die Feiertage nicht greifbar.
Herr Offman ging aber schon am 18.-19.12. an die Presse, ohne vorher mit uns zu reden. Gegen den Titel „Ausladung“ konnten wir uns nicht zeitnah wehren.
Mit der subtilen Unterstellung von Antisemitismus hat er einen Medienrummel losgetreten. Das zeigt für uns, dass er an der Eskalation interessiert war, nicht am Dialog mit dem Trägerkreis Friedenskonferenz.

Unsere **Bedenken** habe ich dann auf Anfrage der Süddt. Zeitung mitgeteilt:
„Ja, wir haben die Mitarbeiterin des OB gebeten, jemand anderen für das Grußwort zu suchen.
Herr Offman kommt aus der CSU und diese vertritt bei den Themen Militär, Rüstung, Atomwaffen etc. genau die Positionen, die wir argumentativ mit unserem Konferenzprogramm ablehnen. Herr Offman hat sich, weiterhin, offensiv und polarisierend mit politischen Gruppen und Veranstaltungen auseinandergesetzt, die

die Politik der Regierung Israels kritisch beurteilen. Daher befürchten wir, dass dann plötzlich diese Themen die Veranstaltung im Alten Rathaus dominieren, die nicht Gegenstand unseres Programms sind.
Das Friedenskonferenz- Team ist gerne bereit mit Herrn Offman über die in dieser Stellungnahme aufgeworfenen Fragen zu sprechen. …….
Abschließend möchte ich Sie drauf hinweisen, dass immer Teil des Programms der Friedenskonferenz das „Friedensgebet der Religionen" ist: Christen, Juden , Muslime, Bahai und Buddhisten beten gemeinsam. Nichts liegt uns also ferner, als eine bestimmte Religionsgemeinschaft ausgrenzen zu wollen."

Mein Fehler war wohl, überhaupt eine Stellungnahme abgegeben zu haben, ohne vorher mit allen beteiligten gesprochen zu haben. Und unter Verweis auf die Feiertage und die schwerfällige Entscheidungsfindung ein einem Trägerkreis von 7 unterschiedlichen Organisationen.
Das hätte uns aber wohl die Schlagzeile „Ausladung" nicht erspart.
Für die Interpretationen und subtilen Unterstellungen („weil er ein Jude ist…") von Herrn Offman und seine Mitteilung an die Medien, die Zuordnung von „pro-israelisch" und damit die Unterstellung, der Trägerkreis sei irgendwie „anti-israelisch", und für deren weitere Verkürzungen und Überspitzungen, können wir leider nichts.
Der Trägerkreis Friedenskonferenz hat - als ein-Punkt Projektgruppe - keine Position zur Politik der israelischen Regierung im Allgemeinen wie zu der sog. BDS- Kampagne im Besonderen. Wie aus unserem Programm hervorgeht, haben wir nicht die Absicht, das irgendwie zu thematisieren. Diese Zusammenhänge werden durch die Medien hergestellt.
Inhaltlicher Schwerpunkt 2020 soll das Konzept „Sicherheit neu denken" sein.

Mit Mail vom 30.12.2019 hat uns das Büro des OB mitgeteilt, dass aus Termingründen kein /e Stadtrat/rätin für ein Grußwort verfügbar sei. Ich konnte wohl annehmen, dass das mit dem Herrn OB abgesprochen sei. Damit hätte die Sache erledigt sein können.
Der Trägerkreis hat sich dann erst am 4.1. 2020 zu einer Sondersitzung getroffen. Diese stand dann schon unter dem Eindruck der teils diffamierenden Medienberichte, Hassmails, Beschimpfungen am Telefon, Unterstellungen von Antisemitismus etc. Die Organisationen im Trägerkreis, zwischenzeitlich die Mehrheit, die die Bedenken teilen, lehnen den Herrn Offman als Redner selbstverständlich nicht deshalb ab, weil er Jude ist, sondern wegen seiner politischen Positionen und Aktivitäten. Wer sich politisch exponiert, muss sachliche Kritik aushalten.
Wir haben Herrn Offman mit mail vom 4.1. 2020 zu einem Gespräch eingeladen, mit Mail v. 8.1.2020 hat er das abgelehnt. Stattdessen erschien ein weiterer Artikel in der SZ mit Stellungnahmen des OB, der zu diesem Zeitpunkt keine Informationen von unserer Seite erhalten hatte.

(dieser Text wurde noch nicht mit dem Trägerkreis abgestimmt, 13.1.2020)

Unser Brief / mail an H. Offman vom 4.1.2020

Betreff**:** Grußwort Münchner Friedenskonferenz
Sehr geehrter Herr Offman,
der Vorschlag des OB-Büros, dass Sie, Herr Offman, bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz am 14. Februar 2020 im Alten Rathaussaal das Grußwort der Stadt München übernehmen, hat uns etwas überrascht.
Wie sollten wir darauf reagieren? Sicher, wir setzen uns wie Sie für eine bessere und friedlichere Welt ein, aber zum Teil doch auf unterschiedlichen Wegen.
Kurz vor der Urlaubszeit um Weihnachten und Sylvester blieb aber nicht Zeit genug für die nötigen sorgfältigen Absprachen - weder innerhalb des Konferenzteams noch mit Ihnen selbst. Das tut uns leid, hat es doch einigen Trubel, wohl auch bei Ihnen, verursacht.
Wir waren verwundert, als in der SZ die Überschrift "Marian Offman ausgeladen" erschien.
Wir haben Sie nicht ausgeladen, sondern lediglich das Angebot des OB-Büros nicht angenommen. Der Kreisjugendring München - Stadt war in diese Entscheidung aus den o.g. Gründen leider nicht eingebunden.
Hiermit möchten wir Sie zu einem Gespräch über die deutlich gewordenen politischen Differenzen einladen. Bitte machen Sie uns einen Terminvorschlag. Der KJR bietet bei Bedarf die Moderation dieses Gesprächs mit Ihnen an.
Mit freundlichen Grüßen,
Für den Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz Thomas Rödl

Von: Marian Offman [mail xxx) Gesendet: Mittwoch, 8. Januar 2020 11:50
An: DFG-VK München

Betreff: Re: Gesprächsangebot
Sehr geehrter Herr Rödl,
für ein Gespräch stehe ich derzeit leider nicht zur Verfügung. Ihre Äußerungen zu meiner Ablehnung, bzw. Ausladung haben die Angelegen aus meiner Sicht nicht besser gemacht. Haben Sie bitte Verständnis, dass ich das erstmal für mich verarbeiten will.
Viele Grüße Marian Offman

Unser Brief an Oberbürgermeister Dieter Reiter v. 10.1.2020:

Betrifft: Grußwort bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Wir bedauern außerordentlich, dass durch einige Medienberichte der Eindruck einer Konfrontation zwischen Ihnen und dem Trägerkreis Friedenskonferenz entstanden ist.
Alle Mitgliedsorganisationen des Trägerkreises weisen die Unterstellung von Antisemitismus in jeder Form zurück. Wir sind entsetzt über diffamierende und verzerrende Presseberichte.
Wir haben kurz vor Weihnachten informell gebeten, einen Sprecher für das Grußwort der Stadt zu benennen, der für Frieden und Abrüstung eintritt. Unsere Sorge war, dass es auf Grund von Problemen bei anderen Veranstaltungen in der jüngeren Vergangenheit zu heftigen Protesten aus dem Publikum kommen würde. Das hätte nicht nur den Ablauf unserer Veranstaltung gestört, wir wollten das auch Herrn Offman nicht antun.
Wir bedauern, dass wir die Wirkung dieser Nachfrage auf Herrn Offman falsch eingeschätzt haben. Wir haben hier vorschnell gehandelt und nicht – wie es unseren Werten entspricht – das direkte Gespräch gesucht, um eine für alle Seiten passende Lösung zu finden. Wir bedauern, dass wir unter Zeitdruck Erklärungen abgegeben haben, die nicht mit allen Mitglieds-organisationen des Trägerkreises abgesprochen waren. Es gab zu diesem Zeitpunkt keine Entscheidung des Trägerkreises bez. des Grußworts.
Wir bedauern weiterhin, nicht im Vorfeld den Dialog mit Ihnen gesucht zu haben.
Aufgrund der Feiertage und der demokratischen Strukturen des Trägerkreises gab es keine zeitnahe Stellungnahme unsererseits.
In allen unseren Mitgliedsorganisationen haben Dialog und Verständigung eine zentrale Bedeutung. Daher haben wir Anfang Januar Herrn Offman zu einem Gespräch eingeladen. Bedauerlicherweise hat er dieses Angebot abgelehnt. Gleichzeitig sind wir jederzeit bereit, mit Ihnen und Herrn Offman zu sprechen. Würden Sie, Herr Reiter, dazu beitragen, dass so ein Gespräch doch noch zustande kommt?
Wir würdigen sehr wohl alljährlich die Überlassung des Alten Rathauses als wertvolle Geste der Unterstützung der Landeshauptstadt für die Münchner Friedensbewegung.
Mit freundlichen Grüßen für den Trägerkreis Thomas Rödl

Dieser Brief wurde abgestimmt mit den folgenden Gruppen des Trägerkreises:

- Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern;
- pax christi im Erzbistum München und Freising;
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit;
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern;
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.
- Internationaler Versöhnungsbund

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter vom 13.1.2020

13. Jan. 2020 15:58 Buero Oberbuergermeister Nr. 3164 S. 1/1

Landeshauptstadt
München
Oberbürgermeister

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Dieter Reiter

Trägerkreis Internationale
Münchner Friedenskonferenz
c/o DFG-VK
Schwanthalerstr. 133
80339 München

Datum
13.01.2020

Friedenskonferenz 2020

Sehr geehrter Herr Rödl,

ich habe Ihren Offenen Brief vom 10.01.2020 erhalten.

Herrn Stadtrat Offman habe ich als engagierten, mutigen, toleranten und vor allem weltoffenen Stadtrat kennen und schätzen gelernt, der genau für die Werte einsteht, die auch mir wichtig sind. Aus diesem Grunde hatte ich entschieden, mich von Herrn Stadtrat mit einem Grußwort vertreten zu lassen und dieser Bitte ist Herr Offman gerne nachgekommen. Lehnen Sie Herrn Stadtrat Offman als offiziellen Vertreter ab, sehe ich das als Affront gegenüber der Stadt, aber auch mir persönlich als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München.

Sie weisen den Vorwurf des Antisemitismus „in jeder Form zurück". Allerdings vermisse ich in Ihrem Schreiben eine Erklärung, dass die Ablehnung von Herrn Stadtrat Offman als Überbringer des städtischen Grußworts zurückgenommen wird – unabhängig davon, ob Herr Offman dieses Angebot nun noch wahrnehmen würde.

Herr Stadtrat Offman erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Reiter

Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 233-92486
Telefax: 233-27290

- München, den 16.1.2020

Weiterer Brief des Trägerkreises an den OB

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
hiermit teilen wir Ihnen mit, dass die Friedenskonferenz 2020 nicht stattfinden wird.
Gründe:

- Der Hauptgrund sind die Vorgänge um das Grußwort durch Herrn Stadtrat Marian Offman. Wir haben keine Kapazität, die Friedenskonferenz vorzubereiten und gleichzeitig diesen Konflikt für alle zufriedenstellend zu lösen.

- Wir sehen die Unversehrtheit für alle an der Friedenskonferenz Beteiligten nicht mehr gewährleistet.
- Wir bedauern, dass unser Verhalten von Ihnen und Herrn Offman als Affront gesehen wurde.
- Wir möchten zudem betonen, dass wir vor dieser Entscheidung bereits beschlossen hatten, das Angebot der Stadt anzunehmen und Herrn Offman die Grußworte der Stadt überbringen zu lassen.
- Aus den obengenannten Gründen halten wir es für die nun beste angemessene und deeskalierende Maßnahme, diesen Rückzug anzutreten.
  Den Mietvertrag für den Alten Rathaussaal haben wir parallel fristgerecht gekündigt.

Mit freundlichen Grüßen für den Trägerkreis

Gudrun Haas, Thomas Rödl

Diese Mitteilung wurde abgestimmt zwischen den folgenden Gruppen des Trägerkreises:

- Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern;
- pax christi im Erzbistum München und Freising;
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit;
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern;
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.;

Auf das Angebot zum Gespräch hat Herr Offman bis heute, 12.10.2020, nicht reagiert

---

Berichte über die Frage Grußwort

https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-offman-reiter-reaktion-1.4748927
https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.nach-absage-an-offman-kommt-bald-das-ende-der-muenchner-friedenskonferenz.b7563533-d0f8-47d3-a445-37ec36fd8944.html

---

Zur Einschätzung der Politik von Marian Offman:

https://www.tz.de/muenchen/stadt/eine-welt-haus-muenchen-antisemitismus-streit-eskaliert-8527212.html
https://www.ikg-m.de/geduldeter-judenhass-im-muenchner-eine-welt-haus/
https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.antisemitische-veranstaltungen-eine-welt-haus-streit-mit-der-csu-eskaliert.9fb38e46-d098-4c45-bd9c-219fa3db24ed.html
http://www.richardquaas.de/wp-content/uploads/2014/01/Eine-Welt-Haus.pdf
http://www.dig-muenchen.de/abi-melzer-und-salam-shalom-scheitern-in-muenchen (Vorgang von 2016)

Weitere Berichte über die Frage Grußwort

Auslöser die Falschmeldung der Süddeutschen mit dem Titel "Ausladung", die es nie gegeben hat:
https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-offman-grusswort-israel-1.4734558
Eskalation: "Affront gegen die Stadt", statt Affront gegen die Friedenskonferenz - Offman lehnt gleichzeitig Gespräch mit dem Trägerkreis ab.
https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-offman-reiter-reaktion-1.4748927

---

https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.nach-absage-an-offman-kommt-bald-das-ende-der-muenchner-friedenskonferenz.b7563533-d0f8-47d3-a445-37ec36fd8944.html
https://honestlyconcerned.info/links/muenchner-friedenskonferenz-reiter-verurteilt-ausladung-sueddeutsche-de/
https://www.mena-watch.com/muenchner-friedenskonferenz-kein-platz-fuer-gegner-des-israel-boykotts/

Hier der Artikel in der TAZ, mit Vermutungen und Unterstellungen, ohne mit den VeranstalterInnen gesprochen zu haben:
https://taz.de/Israelbezogener-Antisemitismus/!5655149/

Die Analyse eines anonymen Autors zeigt das Strickmuster der Diffamierung - wer den Staat Israel bzw die Aktionen seiner Organe kritisiert, wird als antisemitisch bezeichnet:
https://lbga-muenchen.org/2020/01/15/zur-muenchner-friedenskonferenz-im-februar/?fbclid=IwAR0CaOJJf6ODbOi2PBtJZ6kWq_DUgJboBonSgxv_NOYdeEGt7T-g8bhxWCs

---

https://www.sueddeutsche.de/muenchen/brief-an-ob-dieter-reiter-friedenskonferenz-findet-nicht-statt-1.4760011
https://www.mondialnews.com/2020/01/08/munchner-friedenskonferenz-ein-affront-gegen-die-stadt/
https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/antisemitismus-muenchner-friedenskonferenz-abgesagt-67387046.bild.html
https://www.jungewelt.de/artikel/370800.friedenskonferenz-in-m%C3%BCnchen-abgesagt.html
https://www.jungewelt.de/artikel/371044.m%C3%BCnchner-friedenskonferenz-wegen-bds-streit-abgesagt.html
https://www.zaronews.world/zaronews-presseberichte/antisemitismus-in-reinstform-juedischer-stadtrat-bei-muenchner-friedenskonferenz-ausgeladen/
https://www.nach-welt.com/munchner-friedenskonferenz-wegen-bds-streit-abgesagt-tageszeitung-junge-welt/
https://honestlyconcerned.info/links/friedenskonferenz-findet-nicht-statt-veranstalter-sagen-nach-streit-um-begruessungsrede-das-treffen-ab-sueddeutsche-de/
https://taz.de/Friedenskonferenz-in-Muenchen/!5655704/
https://taz.de/Absage-der-Muenchner-Friedenskonferenz/!5658437/

Ein objektiver Artikel, der unsere Stellungnahmen berücksichtigt:
https://www.neues-deutschland.de/artikel/1131899.internationale-friedenskonferenz-friedenskonferenz-in-muenchen-abgesagt.html
<<<<<

Erklärungen und Mitteilungen zur Absage der Friedenskonferenz

---

Süddeutsche Zeitung vom 14.2. 2020, einkopiert hier von der online-Version:
13. Februar 2020, 20:01 Uhr
https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-absage-gruende-1.4796890

München: Warum die Friedenskonferenz abgesagt wurde

- Auf der Friedenskonferenz sollte der jüdische Stadtrat Marian Offman das Grußwort der Stadt sprechen. Thomas Rödl, Mitorganisator der Konferenz, hat dies abgelehnt.
- Unklarheiten und mangelnde Kommunikation haben dafür gesorgt, dass die Friedenskonferenz abgesagt worden ist.
- Beide Seiten fühlen sich voneinander missverstanden, mittlerweile schalten sich weitere Akteure ein.

Von Bernd Kastner
Diesen Freitag hätte die Internationale Münchner Friedenskonferenz beginnen sollen. Hunderte Teilnehmer hätten im Alten Rathaus über Klimawandel und Krieg gesprochen, über USA und Iran. Werden sie aber nicht. Die Veranstalter haben die Tagung abgesagt, nachdem es zum Eklat gekommen war: Die Organisatoren hatten abgelehnt, dass das Grußwort für die Stadt Marian Offman spricht. Offman, der für die SPD im Rathaus sitzt, geht davon aus, dass man ihn als Juden ausgeladen habe und spricht von Antisemitismus. Konferenzorganisator Thomas Rödl ist empört, es sei Offmans "Masche", die "Antisemitismuskeule" zu schwingen. Offman hält dagegen: "Ich will mir nichts mehr gefallen lassen."
Wie kann es sein, dass wegen einer Friedenskonferenz so viel Unfrieden entsteht? Der Konflikt bewegt sich, einmal mehr, entlang der Frage, wo politische Kritik endet und wo Antisemitismus beginnt. Er beginnt mit einem Brief aus dem Büro des Oberbürgermeisters an die Tagungsorganisatoren, in dem Offman als Grußwort-Vertreter des OB angekündigt wird. Rödl war erschrocken, sei ihm doch Offman als

jemand bekannt, dessen politische Positionen gar nicht zur Konferenz passten, weil er für die Nato sei und sich vor allem immer wieder klar gegen Israel-Gegner positioniert habe. Also rief Rödl im OB-Büro an und bat, so berichtet er, um einen anderen Redner, einen, der keinen Unmut unter den Konferenzbesuchern auszulösen drohe. Rödl hatte den ersten Satz im Brief aus dem OB-Büro so verstanden, dass es sich nur um einen Vorschlag handle: "Wenn Sie einverstanden sind", dann komme Offman, stand da. Ein Fehler, die Formulierung gilt als Höflichkeitsfloskel. Vor allem aber hatte Rödl nicht im Blick, was es bedeutet, den einzigen jüdischen Stadtrat Münchens als unerwünscht zu erklären, und das noch auf einer Friedenskonferenz.

Mitte Dezember erhielt Offman von einer Mitarbeiterin des OB eine Mail: Rödl habe gebeten, ihn, Offman, "von der OB-Vertretung zu entbinden", was hiermit geschehe. Auf Nachfrage habe die OB-Mitarbeiterin mitgeteilt, so erinnert sich Offman: Die Konferenzmacher lehnten ihn wegen seiner harten Haltung gegen Israel-Gegner ab. Das tun sie tatsächlich. Offman wertete es als Ausladung und brachte sie in Verbindung mit seinem Nein zur BDS-Kampagne ("Boykott, Divestment, Sanctions"), die Bundestag und Stadtrat als antisemitisch bewerten, weil sie einen Boykott Israels wegen dessen Palästinapolitik fordert. "Ich habe mich als Jude ausgegrenzt gefühlt", sagt Offman heute.

Die Eskalations-Spirale drehte sich: Es folgte die Erklärung der Friedensaktivisten, dass man Offman um ein Gespräch bitte. Dieser lehnte ab. Dann schrieb OB Reiter in einen Brief an die Konferenzleute von einem "Affront" gegen die Stadt und ihn als OB. Dann wollten die Organisatoren zurückrudern und das Offman-Grußwort doch annehmen. Am Ende aber bliesen sie die Tagung ganz ab.

Nun also ist am Wochenende eine Leerstelle in der Stadt zu besichtigen. Während im Bayerischen Hof Regierungschefs und Minister aus aller Welt über Krieg und Frieden reden, hat die in München ohnehin nicht sehr präsente Friedensbewegung mit einem großen Knall eine ihrer wenigen größeren Bühnen gesprengt. Explodiert ist ein Gemisch aus Missverständnis, Naivität, (Un-)Sensibilität und Vorurteilen. Geredet wird viel, aber zu selten miteinander.

Uneinigkeiten und kommunikative Bestrebungen

Hinter der Friedenskonferenz stand ein Trägerkreis mehrerer Gruppen. An zentraler Stelle agierte die "Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner" mit Thomas Rödl an der Spitze, die bekannteste der Organisationen dürfte der Kreisjugendring (KJR) sein. Der aber war über das Nein zu Offman nicht informiert, wie überhaupt Rödl seinen Anruf im OB-Büro nur mit zwei Leuten vorher abgestimmt habe, wie er selbst sagt. So kam es, dass einige Akteure erst aus der *Süddeutschen Zeitung* vom Eklat erfuhren. Seither ist der Kreis zerstritten und gespalten. Der Internationale Versöhnungsbund kritisierte öffentlich die Ablehnung Offmans, der KJR zog sich entsetzt ganz zurück.

Thomas Rödl, 64, altgedienter Friedensaktivist, sitzt in seinem Büro im Westend und betont wieder und wieder: Er lehne Offman nicht wegen seiner Religion ab, die sei ihm "egal", sondern wegen seiner politischen Aktivitäten, weil er bis vergangenes Jahr der CSU angehörte. "Wir identifizieren ihn mit den Positionen der CSU zu Militär, Aufrüstung und Atomwaffen." Von einem Grußwortredner aber erwarte er, dass dieser zur Konferenz passe. "Es war eine Provokation, uns Offman vorzusetzen." Muss man auf einer Tagung übers friedliche Miteinander nicht auch abweichende Meinungen anhören und aushalten? Ja, in Diskussionsrunden, sagt Rödl, aber nicht als Grußwort. Er habe befürchtet, dass Besucher während Offmans Rede protestieren und es dann erst recht eskaliere.

Offman liegt mit einem Teil der linken Szene im Clinch, weil er vehement das Eine-Welt-Haus kritisierte. Dort gab es immer wieder Debatten, wie das städtisch geförderte Haus zur BDS-Kampagne steht und welche Veranstaltungen dort stattfinden. Jetzt nimmt Rödl Offman übel, dass dieser sich nicht als Politiker, sondern als Jude ausgeladen fühlt. Offman nutze seine "Machtposition" für eine "Medienkampagne". Er "schwingt die Antisemitismuskeule, um uns, die Friedensbewegung, zu spalten und fertig zu machen." Rödl wiederholt das mehrmals im Gespräch mit der SZ.

"Demütigend." So empfinde er dieses Urteil über sich, sagt Marian Offman, 71. Wenn man mit ihm spricht spürt man, wie ihn die Judenfeindschaft im Land beschäftigt. Gerade eben hat die NPD-Tarnliste BIA ein Pamphlet herausgebracht, auf dem ein gezeichneter Offman aus dem Rathaus gefegt wird. "Wie oft muss ich damit noch konfrontiert werden?", fragt Offman und meint damit die Fülle des Antisemitismus. Zu den Konferenzmachern sagt er: "Die sollen sich mal überlegen, was sie tun. Herr Rödl weiß doch, dass ich Jude bin, und wie ich das wahrnehmen muss, wenn er mich auslädt." Wenn Rödl sich nun vom Vorwurf des Antisemitismus verletzt fühle, dann sie das "der erste Schritt zur Verbesserung der Situation", sagt Offman. "Ich kann nur hoffen, dass er versteht, was die Ausladung für mich bedeutet."

Tut es Thomas Rödl inzwischen leid, Offman abgelehnt zu haben? "Nö", sagt Rödl. Er sei auch nicht bereit, Offman um Entschuldigung zu bitten. Es gibt unter den

Konferenz-Organisatoren aber auch Leute wie Gudrun Haas, von Beruf Trainerin für gewaltfreie Kommunikation. Sie versucht zu deeskalieren, sie hat, abgestimmt mit der Mehrheit im Orga-Kreis, eine klar formulierte Entschuldigungsmail an Offman geschickt, am 21. Januar. Und im Gespräch unterstreicht sie: "Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass ich mit meinem Verhalten dazu beigetragen habe, dass jemand verletzt wird." Sie wünsche sich ein Gespräch mit Offman. Dieser sagt, er nehme die Entschuldigung an, und ja, ein Treffen nach der Kommunalwahl könne er sich vorstellen.
Es wäre das erste Gespräch zwischen Offman und Rödl überhaupt. Jeder erhebt gegen den anderen schwere Vorwürfe, keiner aber hat je mit dem anderen gesprochen. Hätten sie es vor dem Eklat getan, wäre das Alte Rathaus an diesem Wochenende womöglich doch der Ort, an dem über das Konzept "Sicherheit neu denken" diskutiert wird. Hätten sie geredet, dann gäbe es den Trägerkreis wohl noch, dann müsste man nicht annehmen, dass es auch im nächsten Jahr keine Alternativtagung zur "Siko" gibt. Er wäre, erzählt Offman, 75 Jahre nach der Befreiung in seinem Grußwort auf die Zerstörung Münchens eingegangen und auf die Lehren aus dem Krieg, speziell für diese Stadt. Er hätte darauf hingewiesen, dass beide, die Konferenzorganisatoren und er, für Frieden eintreten, wenn auch teils auf unterschiedlichen Wegen. "Über Israel hätte ich kein Wort verloren." © SZ vom 14.02.2020/wean

---

Kommentar, erlaube ich mir: "Mitnander reden" ... klingt toll ... unser Angebot per Mail vom 4.1. 2020 hat Herr Offman leider ausgeschlagen.
siehe hier: http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58
Thomas Rödl. 18.2.2020

Offener Brief des Münchner Friedensbündnisses zur Absage der 18. Internationalen Münchner Friedenskonferenz

München, 10.02.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wir wenden uns an Sie, da Sie als Oberbürgermeister dieser Stadt das Amt des „Mayor for Peace“ innehaben und sich mit uns für eine friedliche, atomwaffenfreie Welt einsetzen. Wir schätzen dieses Engagement hoch ein und bedanken uns dafür.
Der Trägerkreis des Münchner Friedensbündnisses bedauert außerordentlich, dass die 18. Internationale Münchner Friedenskonferenz nicht stattfinden wird
Diese friedenspolitische Konferenz hat seit vielen Jahren aufgezeigt, dass es Alternativen gibt zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz und vor allem zur kriegerischen Lösung von Konflikten. Ein solcher Gegenpol zur militärisch dominierten Sicherheitskonferenz muss für München in der Zukunft unbedingt erhalten bleiben.
Internationale Gäste haben die Münchner Friedenskonferenz mit ihren Vorstellungen und Erfahrungen bereichert und gezeigt, dass Menschen überall auf der Welt Gewalt bei bestehenden Konflikten ablehnen. Damit wurde in unserer Stadt aktiv zu Völkerver-ständigung und Frieden beigetragen.
Ein Ziel der Münchner Friedenskonferenz ist:
„Wir setzen uns mit unserem Handeln und der `Internationalen Münchner Friedenskonferenz´ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.“
Die Friedenskonferenz hat den Münchner Stadtrat Marian Offman für ein Grußwort der Stadt bei der Konferenz nicht ausgeladen. Vielmehr wurde er von Ihnen mit der Bemerkung vorgeschlagen "...wenn Sie einverstanden sind". Diese Formulierung wurde vom Hauptorganisator des Friedenskonferenz-Teams, dem Landesvorsitzenden der DFG-VK , Herrn Thomas Rödl, als Wahlmöglichkeit verstanden und veranlasste ihn zu der Bitte, einen anderen Vertreter zu benennen. Herr Offman ist in der Friedensszene bekannt als Befürworter von Militär, weiterer Aufrüstung und Atomwaffen, also von Positionen, die der Friedenskonferenz diametral entgegenstehen, so wollte er z.B. im Jahr 2012 die Ausstellung zur NATO im EineWeltHaus verbieten lassen. Außerdem unterstützte er maßgeblich den Stadtratsbeschluss, dass in städtischen Räumen keine Veranstaltungen mit Unterstützern der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) stattfinden dürfen.

So war zu befürchten, dass Kritiker dieser politischen Einstellungen die Konferenz stören und Diskussionen erzwingen könnten, um die Veranstaltung zu sprengen.
Da Stadtrat Marian Offman als profilierte jüdische Münchner Persönlichkeit bekannt ist, wurde seine Nicht-Einladung nun medienwirksam als "Antisemitismus" ausgelegt, was als Rufschädigung der Mitarbeiter der Friedenskonferenz wirkte, insbesondere für Thomas Rödl, dem bayerischen Landesvorsitzenden der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen). In den Medien kursieren seitdem gehässige Anschuldigungen gegen Personen der „Friedenskonferenz“ und Attacken gegen gewaltfreie Friedenspolitik. Dieses abwertende Medienklima spielte eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, die Friedenskonferenz in diesem Jahr abzusagen.
Die Bemühungen des Konferenzteams, den Konflikt mit Herrn Offman in einem Gespräch zu klären, waren bisher nicht erfolgreich.
Das Münchner Friedensbündnis wird dieses Thema nach den Kommunalwahlen wieder aufnehmen und um eine sachliche Debatte bitten.
Mit freundlichen Grüßen,
für das Münchner Friedensbündnis: Brigitte Obermayer, Bernd Michl

---

Stellungnahme des Kreisjugendring München-Stadt **vom 7.2. 2020**

Engagement für den Frieden ist schon immer ein wichtiges Thema für die Jugendarbeit. Allein schon unsere Satzung verpflichtet uns, „alles zu tun, was dem Frieden und der Verständigung aller Völker dient“. Seit vielen Jahren bringt daher der Kreisjugendring München-Stadt eigenständige Jugendveranstaltungen in die Internationale Friedenskonferenz ein. Um junge Menschen für das wichtige Thema Frieden zu gewinnen, waren wir Mitglied im Trägerkreis der Internationalen Friedenskonferenz.
An der Entscheidung Marian Offman als Vertreter des Oberbürgermeisters auszuladen, waren wir nicht beteiligt. Wir bedauern diesen Schritt sehr und haben die weiteren Mitgliedsorganisationen des Trägerkreises der Internationalen Friedenskonferenz aufgefordert, diese Entscheidung, auch bei politischen Differenzen mit dem Politiker Marian Offman, zurückzunehmen.
Wir konnten in der Folge den Trägerkreis davon überzeugen, sich beim Oberbürgermeister und Marian Offman zu entschuldigen und mit Marian Offman das Gespräch zu suchen. Dazu haben wir auch unsere Vermittlung angeboten. Wir bedauern es sehr, dass dieser Dialog nicht zustande kam und die Friedenskonferenz abgesagt werden musste. Unsere Mitgliedschaft im erweiterten Trägerkreis ist somit beendet.

Mitteilung der DFG-VK Bayern vom 21.1.2020

Antisemitismus - Vorwurf zurücknehmen!

Zur Absage der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2020

Kurz vor Weihnachten wurde vom Büro des Oberbürgermeisters Herr Marian Offman als Sprecher des Grußwortes der Stadt München bei der Internationalen Friedenskonferenz vorgeschlagen. Die Formulierung „wenn Sie damit einverstanden sind…“ im Schreiben des Büros wurde dahingehend interpretiert, dass eine Mitsprache über die Einladung des Vertreters des Oberbürgermeisters bestehen würde. Deshalb haben einige VertreterInnen der Trägerorganisationen der Friedenskonferenz, darunter Thomas Rödl, Bedenken gegen Herrn Offman in dieser Rolle angemeldet. Wir identifizieren ihn mit den Positionen der CSU, z.B. Remilitarisierung, Griff nach Atomwaffen, kalter Krieg, Diffamierung der Friedensbewegung. Er ist uns bekannt geworden schon als Stadtrat der CSU durch fortgesetzte Angriffe auf das Eine-Welt-Haus und die Gruppen der Friedens- Umwelt- und sonstigen sozialen Bewegungen, die sich dort treffen. Er hat wiederholt versucht, Veranstaltungen und Gruppierungen, die die Politik Israels kritisch beleuchten, mit dem Vorwurf des „Antisemitismus“ einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Wir haben Herrn Offman selbstverständlich nicht wegen seiner Religionszugehörigkeit, sondern wegen seiner politischen Positionen und Aktivitäten in der Rolle des Grußwortsprechers abgelehnt. So mussten wir Störaktionen bei der Veranstaltung durch KritikerInnen von Herrn Offman befürchten, der bekanntlich nicht für öffentliche Diskussionen zur Verfügung steht.
Thomas Rödl hat in Absprache mit dem Trägerkreis die Mitarbeiterin im Büro des Oberbürgermeisters informell gebeten, doch bitte einen Vertreter der Stadt zu benennen, der uns politisch näher stünde. Von einer Ausladung kann keine Rede sein, denn nach Auffassung des Trägerkreises befand dieser sich noch in einem Prozess der Entscheidungsfindung.
Ohne weitere Nachfragen beim Trägerkreis ging Herr Offman mit der Behauptung einer „Ausladung“, und der Unterstellung von Antisemitismus gegenüber Thomas Rödl, an die Medien. Leider hat er dem Trägerkreis keine Möglichkeit einer Richtigstellung gegeben.
Der Trägerkreis wollte durch eine Einladung an Herrn Offman zum Gespräch (mit Mail vom 4.1.2020) die Wogen glätten. Leider hat er uns mitgeteilt, dass er für Gespräche nicht zur Verfügung stünde, und gleichzeitig weitere Medienberichte lanciert. (8.1.2020 ff)
Durch die Mitteilungen von Herrn Offman wurde eine Medienkampagne losgetreten, die das Ansehen der Münchner Friedenskonferenz nachhaltig beschädigt hat und weitere Protestaktionen befürchten ließ.
Antisemitismus - Vorwurf zurücknehmen!
Die DFG-VK Bayern fordert Herrn Stadtrat Offman auf, alle Unterstellungen von Antisemitismus oder Anti-Israelismus gegenüber dem Sprecher der DFG-VK, Thomas Rödl, sowie gegen alle anderen Personen und Organisationen des Trägerkreises, **öffentlich** zurückzunehmen.
Die DFG-VK Bayern weist zusätzlich darauf hin, dass sie sich nie zur sog. BDS- Kampagne und zu dem diesbezüglichen Beschluss des Münchner Stadtrats geäußert hat. Es war auch nie geplant, diese zum Gegenstand bei der Friedenskonferenz zu machen. Einzig die vielen Medienberichte bringen uns damit in Verbindung.
Die DFG-VK fordert Ihre Mitglieder, UnterstützerInnen und Aktive in der Friedensbewegung auf, sachlich und gewaltfrei allen Versuche, die Friedensbewegung zu spalten und einzuschüchtern, entgegenzutreten.
Weitere Infos zu den Vorgängen: http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58
Einstimmiger Beschluss der Sitzung des Landesausschusses der DFG-VK Bayern am 18.1.2020 in Ingolstadt

---

Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.
(Mitglied im Trägerkreis der Friedenskonferenz)
Thomas Mohr (Psychoanalytiker): Der Schatten eines traumatischen Konflikts
In: Projektzeitung der Projektgruppe "Münchner Sicherheitskonferenz verändern" e.V., Nr. 15, Februar 2020, Seite 9
Siehe: http://www.mskveraendern.de/projektzeitung/
Beschreibung des Konflikts und der Differenzen im Trägerkreis

---

Minden, 15.1.2020

Pressemitteilung des Vorstandes des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes zu den Vorgängen um die IMFK 2020
Minden. Der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes gehört zu den Trägerorganisationen der inzwischen abgesagten Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2020. Er bedauert die Absage dieser wichtigen Konferenz, die er seit Jahren begleitet hat.
Im vergangenen Jahr 2019 wie auch im Jahr 2020 war der Versöhnungsbund im Vorbereitungs-/Trägerkreis personell nicht vertreten. Aus Zeitgründen war er als bundesweiter Verband mit ehrenamtlichem Vorstand auch nicht in der Lage, sich an den schnell zu treffenden Entscheidungen der letzten Tage zu beteiligen.
Nachdem der Vorstand des Versöhnungsbundes von der Nicht-Annahme des Grußwortes von Herrn Stadtrat Marian Offman Kenntnis erhalten hatte, bat er die aktiven Mitglieder des Vorbereitungs-/Trägerkreises in München schriftlich, diese Entscheidung zurück zu nehmen.

Wir bedauern, dass dies nicht zeitnah und umgehend geschehen ist und eine Entschuldigung gegenüber Herrn Offman und Herrn Oberbürgermeister Reiter ausgesprochen wurde.
Der Vorstand bedauert auch, dass die Hauptbeteiligten an diesem Konflikt nicht zeitnah nach seiner Entstehung aufeinander zugegangen sind, um im Dialog eine konstruktive Lösung zu finden - was die dann folgenden Presseartikel überflüssig gemacht hätte.
Der Versöhnungsbund bedankt sich ausdrücklich für die über viele Jahre gewährte Gastfreundschaft der Stadt München. In ihren Räumen konnte die Friedenskonferenz entscheidende Stimmen zu Gehör bringen für eine Friedensordnung ohne Gewalt.

Erklärung zur Absage der Friedenskonferenz in München

Der Vorstand der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
nimmt mit großem Unverständnis die Absage der Friedenskonferenz 2020 zur Kenntnis. Als langjähriger Mitveranstalter der Konferenz ist der Vorstand leider vor der Absage nicht kontaktiert worden. Dies wäre aber angesichts der friedenspolitischen Bedeutung und Tragweite dieser Entscheidung unbedingt notwendig gewesen.
Es ist für uns absolut unverständlich, dass in der jetzigen politischen Situation und bei der Bedeutung der sog. Sicherheitskonferenz (SIKO) für Militarismus und Krieg die Alternativkonferenz auf Grund von Schwierigkeiten mit einem Grußwort der Stadt – die in jüngster Zeit durch zweifelhafte, undemokratische Entscheidungen aufgefallen ist – ausfallen soll. Es ist doch politisch „fast normal“, dass diese friedenspolitische Anti-Kriegsveranstaltung politisch angegriffen und diffamiert wird.
Gerade die Ergebnisse der letzten Zeit haben doch erneut dokumentiert, dass nur eine offensive gemeinsame Zurückweisung der unbegründeten Angriffe die richtige und einzige Antwort der Friedensbewegung sein kann. Wir sind sicher, dass ein gemeinsamer Diskussionsprozess aller Beteiligten, angesichts der hohen politischen und moralischen Bedeutung, zu einem anderen Ergebnis geführt hätte.
Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative wird weiter die Proteste gegen die sog. Sicherheitskonferenz in München – besonders die Demonstration – aktiv unterstützen.
http://natwiss.de/erklaerung-zur-absage-der-friedenskonferenz-in-muenchen/

Bündnis-Erklärung zur Absage der Internationalen Friedenskonferenz 2020

Wir bedauern ausdrücklich die Absage der diesjährigen Internationalen Friedenskonferenz im Alten Rathaus. Sie ist ein wesentlicher Teil der Proteste gegen die sogenannte Sicherheits-Konferenz, weil sie Alternativen zur dort regelmäßig propagierten Aufrüstungs- und Kriegspolitik aufzeigt.
Das Büro des Oberbürgermeisters hatte als Überbringer des Grußwortes der Stadt ausgerechnet den ehemaligen CSU- und heutigen SPD-Stadtrat Marian Offman vorgeschlagen, der sich seit Jahren als bekennender Gegner der Veranstaltungen gegen die "Münchner Sicherheitskonferenz" hervorgetan hatte.
Er war deshalb der denkbar ungünstigste Kandidat für die Begrüßungsrede bei der Friedenskonferenz.
Das teilten die Veranstalter der Landeshauptstadt mit. Offman machte daraus einen Eklat, ohne mit dem Trägerkreis Rücksprache gehalten zu haben, was zu einer irreführenden und unzutreffenden Presse-Berichterstattung führte.

Seine Unterstellung, er sei ausgeladen worden, weil er Jude sei, ist völlig absurd, ebenso wie der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber den Veranstaltern der Münchner Friedenskonferenz.

Damit wollte der Trägerkreis nicht leben, allerdings auch keine skandalträchtige Kontroverse vor oder während der Veranstaltung im Alten Rathaus riskieren. Darum erfolgte die Absage der Friedenskonferenz. Richtig zu stellen bleibt: Offman wurde nicht ausgeladen. Die Veranstalter der Friedenskonferenz hatten den Oberbürgermeister lediglich gebeten, jemanden für das Grußwort zu benennen, dem „das Anliegen der Friedenskonferenz politisch näher steht“, als das bei Herrn Offman der Fall ist, eben weil er bei den Themen Militär, Rüstung und Atomwaffen Positionen vertritt, die völlig konträr zum Konferenzprogramm stehen.

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz München, 28. Januar 2020

Ein Beispiel zur Haltung von Marian Offman zu Bundeswehr und NATO:

an den Oberbügermeister unmissverständlich die Forderung erhoben, dass eine von uns geplante Ausstellung zur NATO im EineWeltHaus so nicht stattfinden dürfe.
In der Ausstellungsankündigung hatten wir die NATO als ‚militärischen Arm der reichsten und mächtigsten Staaten und ihrer transnationalen Konzerne' charakterisiert. Offman bezeichnete diese Feststellung als völlig inakzeptabel' und als Verhöhnung unserer Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan für die Freiheit ihr Leben riskieren'.
Wäre es nach ihm gegangen, hätte die Stadt München die Ausstellung im EWH unterbinden müssen.

Zusammenfassender Bericht über die Vorgeschichte der Absage der Friedenskonferenz 2020

https://kenfm.de/standpunkte-%e2%80%a2-friedensfreunde-in-der-falle-zur-absage-der-muenchner-friedenskonferenz/

Friedensfreunde in der Falle – zur Absage der Münchner Friedenskonferenz
Ein Standpunkt von Dagmar Henn, 22.01.2020
Marian Offman ist ein Stadtrat alter Schule. In seinem Fachgebiet, der Sozialpolitik, ist er engagiert, offen dafür, neue Probleme wahrzunehmen, bereit, mit allen zu reden, auch wenn ihm seine Nähe zum Haus- und Grundbesitzerverband gelegentlich in die Quere kommt. Er hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass München mit der neuen Synagoge ein echtes architektonisches Juwel gewann. Es wäre an vielen Stellen ein echter Verlust gewesen, hätte er den Stadtrat verlassen müssen, nachdem ihn sein CSU-Ortsverband nicht mehr aufstellte; er wechselte zur SPD und wird vermutlich weiter erhalten bleiben.
Als Kommunalpolitiker mit jahrzehntelanger Erfahrung in der an Intrigen nicht gerade armen Münchner CSU ist er natürlich mit allen Wassern gewaschen, was nicht unbedingt zum Nachteil sein muss – auch für positive Ziele wird in der Politik getrickst, so läuft dieses Gewerbe nun einmal. Manchmal aber nutzt er diese Fähigkeiten für seine dunklere Seite, oder lässt sie nutzen. Seine dunklere Seite heisst NATO, und sie kommt regelmäßig zum Februar zum Vorschein, wenn die Stadt sich in Anhänger der NATO-Sicherheitskonferenz (SIKO) und ihre Gegner teilt.
2012 hatte Offman zusammen mit einem weiteren CSU-Stadtrat eine Anfrage gestellt (1), die sich gegen eine Ausstellung zur Geschichte der NATO richtete, die begleitend zur SIKO 2013 stattfinden sollte. Die Formulierung, die NATO sei ‚der militärische Arm der reichsten und mächtigsten Staaten und ihrer transnationalen Konzerne' nannte Offman darin eine ‚*unglaubliche Verhöhnung*, und Diffamierung der NATO. Ziel der damaligen Anfrage war, die Nutzung des von der Stadt unterstützen Eine-Welt-Hauses für die Friedenskonferenz, die die alljährliche Demonstration begleitet, unmöglich zu machen. ‚*Der Text und die Ausstellung wurden in Kooperation mit dem Trägerkreis des Eine-Welt-Hauses verfasst. Ist angesichts dieser Formulierungen der Trägerkreis als Partner der Landeshauptstadt weiterhin zu akzeptieren?*, Die Stadtverwaltung verteidigte in ihrer Antwort die Meinungsfreiheit (2), die gerade in öffentlichen Räumen einen hohen Wert habe, weshalb auch Positionen gegen die NATO dort möglich sein müssten.
Die Proteste gegen die SIKO haben eine lange Tradition. Dieses Jahr sollte bereits die achtzehnte Friedenskonferenz stattfinden. Nun wurde sie abgesagt, und Marian Offman spielte bei dieser Absage eine unrühmliche Rolle.
Um zu begreifen, wie es zu dieser Absage kam, muss man einen Blick auf Abläufe werfen, die normalerweise der Öffentlichkeit verborgen sind. Es gibt etwas, das nennt sich OB-Vertretung. Der Münchner Oberbürgermeister wird zu unzähligen Veranstaltungen eingeladen, um ein Grußwort zu sprechen, weit mehr, als er bewältigen könnte. Einen Teil der Einladungen übernehmen seine Stellvertreter; die übrigen Termine werden unter den Stadträten verteilt. Diese Verteilung findet im Ältestenrat statt, in dem sich die Fraktionschefs treffen. Dabei wird üblicherweise darauf geachtet,

dass Stadtrat/Stadträtin und Veranstaltung zueinander passen; es wird also kein bekannter Fan der Sechziger zu einer Veranstaltung des FC Bayern geschickt, und kein Vertreter der Metzgerinnung zu einem Veganerkongress. Ja, es ist sogar möglich, bestimmte Vertreter zu wünschen; ich durfte einmal einem Hundertjährigen gratulieren, der sich explizit jemanden von der Linkspartei erbeten hatte, für die ich damals im Stadtrat saß.
Die Veranstalter der Friedenskonferenz konnten also mit gutem Recht davon ausgehen, dass ihnen jemand geschickt wird, der ihrem Anliegen gewogen ist. Schließlich war das siebzehn Jahre lang so gehalten worden; es fanden sich genug Gegner der im Bayrischen Hof stattfindenden Großveranstaltung aus Militärs, Politikern und Industrielobbyisten im Stadtrat selbst, dass das Gegenprogramm willkommen war. Augenscheinlich hat sich das mittlerweile geändert.
Nun muss man noch ein Detail kennen: der Münchner Stadtrat hat einen Beschluss (3) gefasst, der es untersagt, Veranstaltungen, die das Thema BDS auch nur diskutieren, in städtischen Räumen abzuhalten. Die Kampagne ‚Boycott, Divestment and Sanctions', die darauf abzielt, den Staat Israel durch einen internationalen Boykott zur Einhaltung von UN-Resolutionen zu zwingen, wurde vom Stadtrat für antisemitisch erklärt. Davon betroffen ist vor allem die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München (4), der es inwischen fast unmöglich ist, Räume zu finden, aber nicht nur. Nachdem in einer öffentlichen Veranstaltung keine Rechtsgrundlage besteht, Vertreter bestimmter Meinungen auszuschließen (im Gegenteil, man kann die Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung sogar polizeilich durchsetzen), hat der Beschluss zur Folge, dass kritische Veranstaltungen zum gesamten Themenkomplex Israel-Palästina in städtischen oder von der Stadt geförderten Räumen nicht mehr möglich sind. Dementsprechend fand sich das Thema auch nicht im Programm der Friedenskonferenz, deren Schwerpunkt auf dem Konflikt USA-Iran liegen sollte.
Als den Veranstaltern mitgeteilt wurde, dass Offman das Grußwort der Stadt überbringen solle, haben sie nüchtern reagiert und im Büro des Oberbürgermeisters nachgefragt (5), ob nicht jemand anderer sprechen könnte. Seine Haltung zur NATO wie auch zu den Protesten gegen die Konferenz war ja durch die Anfrage von 2012 hinreichend dokumentiert. Das OB-Büro reagierte allerdings nicht mit der sonst üblichen Diskretion; es informierte Offman sogleich, machte dabei aber aus der Frage eine Ablehnung. Offman wiederum ging sofort an die Presse und erhob den Vorwurf, die Veranstalter der Friedenskonferenz hätten ihn ausgeladen, weil er Jude sei, sie seien mithin Antisemiten (6).
Vor dem Hintergrund des BDS-Beschlusses erklärt sich natürlich die Aussage des DFG-VK-Geschäftsführers Thomas Rödl, man wolle nicht, ‚*dass dann plötzlich diese Themen die Veranstaltung im Alten Rathaus dominieren, die nicht Gegenstand unseres Programms sind.*, Natürlich wusste auch das OB-Büro, welche Konsequenz der BDS-Beschluss für Veranstaltungen zum Thema Frieden hat. Die Möglichkeit, Offman sprechen zu lassen, hat im Grunde nie bestanden, denn ein Eklat bei seinem Auftritt hätte noch weit schlimmere Konsequenzen für die Veranstalter gehabt. Schließlich haben einerseits die jüdischen Mitglieder der Jüdisch-Palästinensischen Gesprächsgruppe mit Offman ein größeres Hühnchen zu rupfen, und andererseits wären mit Sicherheit eine Handvoll Antideutscher unter den Teilnehmern gewesen, und sei es nur, weil mit den Falken, Solid und den jungen Grünen die vormals linken Jugendorganisationen inzwischen fest in antideutscher Hand sind. Schlagzeilen über Streitigkeiten bei der Eröffnungsveranstaltung hätten mit Sicherheit die Konsequenz gehabt, die städtischen Räume zu verlieren; da es dafür wenige Alternativen gibt, hätte das auch das Ende der Friedenskonferenz bedeutet.
Nachdem der Vorwurf des Antisemitismus nicht nur in der Münchner Presse ohne genauere Betrachtung der Umstände breit wiedergegeben wurde, blieb den Veranstaltern nichts anderes übrig, als die Konferenz abzusagen. ‚*In der derzeitigen Situation können wir die Verantwortung für die Sicherheit der ReferentInnen und der TeilnehmerInnen nicht übernehmen* ,, heißt es in ihrer Erklärung. Leider trifft diese Einschätzung vermutlich zu. Die antideutschen Truppen in München arbeiten schon intensiv daran, alle Mitveranstalter der Friedenskonferenz zu Antisemiten zu erklären, Pax Christi eingeschlossen (7).
Marian Offman jedenfalls hat zwei Ziele erreicht – anders als 2012 ist es ihm dieses Jahr gelungen, die Konferenz zu verhindern, und er ist oft genug als SPD-Stadtrat in der Presse gestanden, um seinen Parteiwechsel rechtzeitig zur Kommunalwahl vergessen zu machen. Allerdings haben weder er noch der Münchner OB Dieter Reiter sich mit dem Aufstellen dieser politischen Falle mit Ruhm bekleckert; das war weniger ein Affront gegen die Stadt, wie es die Süddeutsche schrieb (8), als ein Affront durch die Stadt. Dafür haben sie allen vorgeführt, wie sich die Antisemitismus-Definition des BDS-

Beschlusses, die inzwischen ja selbst vom Bundestag übernommen wurde, als Hebel nutzen lässt, um Veranstaltungen gegen die NATO zu verhindern.
Die DFG-VK, altehrwürdige Organisation aus der Friedensbewegung, die zu Zeiten der Wehrpflicht Tausende von Kriegsdienstverweigerern beraten und unterstützt hat, muss sich nun gegen den Vorwurf des Antisemitismus verteidigen, ohne je auch nur ein Wort zur BDS-Kampagne geäußert zu haben, und ihr Geschäftsführer Thomas Rödl, ein Macher, der jahrelang das organisatorische Rückgrat Münchner Friedensveranstaltungen war, muss gegen Ende seines Berufslebens um seinen politischen Ruf fürchten. Ob die Münchner Presse die jüngste Erklärung des bayrischen Landesverbands der DFG-VK aufgreift, ist fraglich (9). Erst recht, ob Offman der Aufforderung nachkommt, ‚*alle Unterstellungen von Antisemitismus oder Anti-Israelismus gegenüber dem Sprecher der DFG-VK, Thomas Rödl, sowie gegen alle anderen Personen und Organisationen des Trägerkreises, öffentlich zurückzunehmen*.'
Nachdem die Friedenskonferenz abgeräumt wurde, dürfte die Anti-SIKO-Demonstration das nächste Ziel sein. Während die NATO ihre Panzer gen Osten rollen lässt, ist wohl jedes Mittel recht, für Ruhe im Hinterland zu sorgen.
Quellen:

1. https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/2868976.pdf
2. https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/2899456.pdf
3. https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/4555576.pdf
4. https://www.jpdg.de/meldungen/2017/7/28/stellungnahme-der-jdisch-palstinensischen-dialoggruppe-mnchen-zum-antrag-gegen-jeden-antisemitismus-keine-zusammenarbeit-mit-der-antisemitischen-bds-bewegung-vom-1172017
5. http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58
6. https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-offman-grusswort-israel-1.4734558
7. https://lbga-muenchen.org/2020/01/15/zur-muenchner-friedenskonferenz-im-februar/
8. https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-friedenskonferenz-ausladung-offmann-1.4748927
9. http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=59

Absage von Friedenskonferenz - Junge Welt v. 23.1.2020

»CSU-Positionen in Sachen Militarisierung«

Abgesagte Münchner Friedenskonferenz: Veranstalter kritisierten Stadtrat als Politiker – nicht, weil er Jude ist. Gespräch mit Thomas Rödl ; Interview: Claudia Wangerin, hier:
https://www.jungewelt.de/artikel/371157.absage-von-friedenskonferenz-csu-positionen-in-sachen-militarisierung.html
<<<<<<<<<<<<

Zum Antisemitismus

In vielen Beiträgen zur angeblichen Ausladung von Marian Offman wurde der Friedenskonferenz bzw. den VeranstalterInnen "Antisemitismus" unterstellt. Die Ablehung von Marian Offman als Sprecher des Grußwortes beruht auf seinen politischen Positionen, nicht auf seiner Religionszugehörigkeit. Die Unterstellung von "Antisemitismus" wird seit Jahren als Kampfbegriff gegen Organisationen und Personen verwendet, die die Politik der Regierung des Staates Israel kritisch betrachten. Dazu einige Beiträge (aktuell 29.1.2020

Offener Brief an Dr. Ludwig Spänle,
Antisemitismus- Beauftragter der bayerischen Staatsregierung

am 28.1.2020 per mail antisemitismusbeauftragter@stmuk.bayern.de

Sehr geehrter Herr Spänle

In der Süddt. Zeitung v. 17.1.2020 werden Sie zitiert mit der Aussage, „die Ausladung Offmans trage offen antisemitische Züge“.
Möglicherweise kennen Sie den Vorgang nur aus den Berichten in diversen Medien, die den Unterstellungen von Herrn Offman mehr Raum geben als den Fakten.
Diese können Sie bequem unserer Internetseite entnehmen.
Hier unsere Stellungnahme vom 13.1.2020 http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58
Und hier der Artikel von Dagmar Henn, meiner Einschätzung nach sehr objektiv:
http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=59
Als Antisemitismus- Beauftragter sollten Sie eine besondere Sorgfalt walten lassen, wenn Sie politische Vorgänge als antisemitisch einstufen. Bei einem antisemitischen Vorgang muss es ja auch einen antisemitischen Akteur geben. Im Kontext des genannten Artikels bedeutet das, dass Sie sich der Unterstellung von Herrn Offman anschließen und dem Trägerkreis Friedenskonferenz antisemitische Motive unterstellen.
Daher möchte ich Ihnen folgende Klarstellungen zum o.g Artikel zur Kenntnis geben:
Richtigstellung 1:
Herr Offman wurde nicht von der Friedenskonferenz ausgeladen, er war noch gar nicht eingeladen. Der Trägerkreis war noch in der Entscheidungsfindung, er hat sich erst am 4.1. wieder getroffen. Mit der Falschmeldung vom 24.12. 2019 hat Herr Martin Bernstein von der SZ mit Herrn Offman zusammen die Medienkampagne losgetreten, die uns letztlich zur Absage der Konferenz veranlasst hat.
Richtigstellung 2:
Wir haben Herrn Offman nicht „seine Vergangenheit in der CSU vorgeworfen“, sondern wir identifizieren ihn mit den Positionen der CSU zu Aufrüstung, Atomwaffen, Militär.
Richtigstellung 3:
Ich habe die Ablehnung von Herrn Offman nicht mit seiner Ablehnung der BDS- Kampagne begründet. Herr Offman hat unabhängig von der BDS- Kampagne versucht, Veranstaltungen zu verhindern und Gruppierungen einzuschüchtern, die Kritik an der Politik des Staates Israel üben.
Die fortgesetzten Angriffe von Herrn Offman - zusammen mit anderen CSU- Stadträten - gegen das Eine-Welt-Haus, habe ich immer als Angriff auf die gesamte dort verkehrende linke, alternative und migrantische Szene betrachtet.
Ich habe also Herrn Offman wegen seiner politischen Positionen und Aktivitäten als unpassend für das Grußwort bei der Friedenskonferenz betrachtet - nicht wegen seiner Religionszugehörigkeit. Jede Unterstellung von antisemitischer Motivation weise ich zurück.
Ich würde mich freuen, wenn Sie im Lichte dieser Informationen Ihre Einschätzung der Vorgänge um die Absage der Münchner Friedenskonferenz korrigieren würden.
Ich erlaube mir eine ausführliche Anmerkung zum Thema Antisemitismus:
Kritik an den konkreten Aktionen der staatlichen Organe des Staates Israel muss möglich sein und darf frei geäußert werden. Es ist unsinnig, das als Antisemitismus zu definieren. Das lenkt ab vom eigentlichen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft!
Die Denkfigur vom „israelbezogenen Antisemitismus“ ist purer Unfug. Antisemitismus war immer israelbezogen, insofern das Volk Israel und „die Juden“ identisch sind. Das „Volk Israel“ war in ägyptischer und babylonischer Gefangenschaft, dann im „gelobten Land“ in Palästina, dann über Jahrhunderte verstreut in aller Welt, seit 1948 dann im Staat Israel, und gleichzeitig in vielen anderen Ländern. Hass auf „die Juden“, Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung beziehen sich immer auf alle Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit, egal wo sie leben.
Mit dem Begriff des „israelbezogenen Antisemitismus“ wird der durchsichtige Versuch unternommen, alle Kritik am Staat Israel mit dem Odium des Antisemitismus zu belegen.
Dieser Antisemitismus- Vorwurf wird jetzt auch gegen Menschen und Personen verwendet, die sich für die Menschenrechte der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten einsetzen, die für Versöhnung und Verständigung zwischen israelischen BürgerInnen und PalästinenserInnen eintreten, die von der israelischen Regierung die Einhaltung des Völkerrechts und die Beachtung der Resolutionen der Vereinten Nationen einfordern.
Natürlich muss man in jedem Fall genau hinschauen, wer welche Kritik vorbringt. Für eine qualifizierte Beurteilung „antisemitischer Vorgänge“ reicht es nicht aus, nur die Meinung der einen Seite zu berücksichtigen, die den besseren Zugang zu den Medien hat.
Kritik an der Politik der Regierung der USA ist nicht „anti- amerikanisch“, Kritik an der türkischen Regierung nicht „anti- türkisch“, an der polnischen Regierung nicht „anti-polnisch“, usw. ; und Kritik an

der israelischen Regierung ist nicht „anti-israelisch“. Wenn einer „pro- israelisch“ ist, ist der andere nicht automatisch „anti-israelisch“, was dann assoziativ mit antisemitisch gleichgesetzt wird.
So heißt es auch in der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ (die bei Veranstaltungen im Alten Rathaus per Vertragsklausel zu berücksichtigen ist):
„**Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“**
Die Verbindung zur BDS- Kampagne wird mir jetzt von den Medien angedichtet. Ich habe mich dazu nie geäußert, meine Prioritäten in der Friedensarbeit liegen woanders. Allerdings halte ich den Beschluss des Münchner Stadtrates, der die Diskussion über die BDS- Kampagne verbieten will, für fatal aber auch für paradox - denn wie will mensch entscheiden, ob er/sie diese Kampagne unterstützen oder ablehnen soll, wenn es keinen offenen Austausch von Argumenten gibt. Die GegnerInnen der Kampagne, die evtl. gute Gründe vorbringen können, müssen genauso die Klappe halten.
Sie könnten als Antisemitismus- Beauftragter für einen sachlichen Umgang mit dem Begriff „Antisemitismus“ beitragen.
Dieser Brief wurde mit niemandem abgestimmt.
Mit freundlichen Grüßen Thomas Rödl (Sprecher der DFG-VK Bayern) keine Reaktion, 12.10.2020

Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ :
https://bgakasselblog.files.wordpress.com/2014/06/working-definition-of-antisemitism_c2a0deutsch-german.pdf
enthält viele problematische Formulierungen und zeigt wie schwer es ist, den Begriff zu fassen.
Gibts eine bessere Definition im Netz? Hinweise bitte an muenchen@dfg-vk.de

---

Aktuell ein sehr lesenswerter Beitrag zum "Israelbezogenen Antisemitismus" und zur BDS-Kampagne:
Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik: Die deutsche Kontroverse um BDS
https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Muriel_Asseburg_Pal%C3%A4stina_Israel_2019-I-III.pdf

---

Die Analyse eines anonymen Autors zeigt das Strickmuster der Diffamierung
wer den Staat Israel bzw die Aktionen seiner Organe kritisiert, wird als antisemitisch bezeichnet:
Hier werden die Organisationen des Trägerkreises in Hiblick auf ihren "Antisemitismus" beleuchtet.
(vom 15.1.2020, nachdem die Falschmeldung der "Ausladung" im Umlauf war.
https://lbga-muenchen.org/2020/01/15/zur-muenchner-friedenskonferenz-im-februar/?fbclid=IwAR0CaOJJf6ODbOi2PBtJZ6kWq_DUgJboBonSgxv_NOYdeEGt7T-g8bhxWCs

---

Vereinte Nationen kritisieren den Deutschen Bundestag wegen BDS- Beschluß
https://www.sueddeutsche.de/politik/bds-bewegung-un-kritik-an-bundestag-1.4657978
(Oktober 2019)
Das Büro der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet hat eine deutsche Resolution gegen die Bewegung zum Boykott Israels (BDS) kritisiert. Der Bundestag hatte die "Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung" im Mai als antisemitisch bezeichnet. Die Bewegung fordert ein Ende der israelischen Besetzung von Palästinenser-Gebieten und ruft dazu auf, keine israelischen Waren zu kaufen. "Der Beschluss greift unverhältnismäßig in das Recht der Menschen auf politische Meinungsäußerung in Deutschland ein, nämlich Unterstützung für die BDS-Bewegung zum Ausdruck zu bringen", heißt es laut dem Magazin *Der Spiegel* in einem von fünf Sonderberichterstattern unterzeichneten Brief des Hochkommissariats an Außenminister Heiko Maas (SPD).

Hintergrund: Politische Haltungen zum Staat Israel und antisemitische Einstellungen.
Die Konstanz- Jenaer Studie von 2014. Sehr lesenswert!

Jetzt mal konstruktiv:

Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur

Was haben wir aus Nationalsozialismus und Weltkrieg gelernt? "Gegen die Nazis hilft kein Pazifismus" so oder ähnlich wird häufig argumentiert. Eine Arbeitsgruppe der DFG-VK Bayern hat historische Beispiel des gewaltfreien Widerstands und aktuelle Argumente für Pazifismus zusammengetragen. Hier im Internet.

Hier eingegangene Kommentare zum Antisemitismus Vorwurf

von Joachim E-F (kontakt über DFg- VK Bayern) Jochens SOZIALPOLITISCHE NACHRICHTEN

Es ist erschreckend, wie die neue "Sprachregelung", jede Kritik der israelischen Reegierung als Antisemitismus zu diffamieren, um sich greift.*)

Ebenso erschreckend, wie es mit Hilfe dieses Vorwurfs gelungen ist, die **Münchner Friedenskonferenz** zu torpedieren, obwohl dort das Thema Israelkritik nur ganz am Rande vorkam. Die Veranstalter hatten den Vorschlag der Stadt für einen demagogischen, bellizistischen, opportunistischen Redner abgelehnt. Ganz zufälliger Weise war dieser Jude.
Sofort und unter EInschaltung der **BILD-Zeitung** und anderer **Leim-Medien** ging der Scheißsturm los.
Mir erscheint das als eine ganz **perfide Inszenierung**. Es ist erbärmlich, wie sich dieser Politiker hat vorschicken lassen, so spielt er den Kriegsplänen von NATO und Bundesregierung in die Hände.
Die Vermutung liegt nahe, dass sich da Rüstungslobby und israelische Regierungsbeamte erfolgreich mit kriegsfreundlichen Stadtpolitikern verabredet haben.
Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass irgendjemand mit zufälligerweise jüdischer Religion heute beliebige Hetze und Lügen verbreiten darf, ohne dass ein Nichtjude es wagen darf, ihn zu kritisieren.
Mit dieser **"Antisemitismuskeule"** ist die Unterdrückung jeder Diskussion möglich, die irgend einem Menschen jüdischen Glaubens nicht passt.

Leserbrief von Jürgen J. zur "Ausladung" von Herrn Marian Offmann

vom 10. 1. 2019 . (an die Süddeutsche Zeitung, nicht veröffentlicht)
Es ist einfach nur noch deprimierend, wie die SZ sich in der israelbezogenen Diskussion in München positioniert. Paradebeispiel ist der Beitrag von Martin Bernstein (vom 9. 1., S. R4).

Da wird die Ausladung des Stadtrats Marian Offmann von den Veranstaltern der „Münchner Friedenskonferenz“ in die Nähe des Antisemitismus gerückt, weil sie es sich erlaubt haben, darauf hinzuweisen, dass Offmannn sich „offensiv und polarisierend mit politischen Gruppen und Veranstaltungen auseinandergesetzt [habe], die die Politik der Regierung Israels kritisch beurteilen“. Und flugs fügt der Autor hinzu, dass damit die „nach Einschätzung der Stadtratsmehrheit antisemitische, israelfeindliche BDS-Kampagne“ gemeint sei, was zum einen sehr zweifelhaft ist, womit er zum anderen die infame Gleichsetzung einer friedlichen Bürgerrechtsbewegung, die sich ausdrücklich gegen jeden Antisemitismus verwahrt, mit dem Hass auf Juden gleichsetzt. Mit dieser Darstellung übernimmt er die Position Offmanns, der im letzten Satz des Artikels genau diese Gleichsetzung reproduziert. Die „Friedensaktivisten“ boykottieren eben nicht – wie er behauptet – Israel und schon gar nicht „Juden in Deutschland“, sondern sie kritisieren allein die bellizistische und eindeutig völkerrechtswidrige Politik des Staates Israel, die sich gerade wieder gezeigt hat in Netanyahus Bejubelung des Trump‘schen Terroranschlags gegen Iran. Dass man jemanden wie Offmann, der unermüdlich genau diese gewaltorientierte Politik verteidigt und rechtfertigt, nicht als Gastredner auf einer „**Friedens**konferenz“ haben möchte, ist nun wirklich nachvollziebar. Hinzu kommt, dass Offmann sich, trotz wiederholter Einladung, jedem Gespräch mit Andersdenkenden verweigert. Angesichts

dieser Sachlage ist es in der Tat eher ein Affront der Stadt gegen die Friedensbewegung, dass ausgerechnet Herr Offmann als Gastredner auftreten soll.

Betreff: Leserbrief: Ein Affront gegen die Stadt
Die Empörung über die Ausladung von Offman ist durchsetzt von Heuchelei. Der Anti-BDS-Stadtratsbeschluß ist eine Attacke auf unser Grundgesetz, wie bereits Gerichte festgestellt haben, mit der Folge, daß sogar private Betreiber ihre Räumlichkeiten verweigern. Die Empörung über die Ausladung vergießt daher nur Krokodilstränen. Offman war federführend beteiligt an der Strangulierung der Meinungsfreiheit. Er muß sich daher nicht wundern über die Ausladung. Die Entscheidung von Reiter für Offman ist eine wohlkalkulierte Provokation, denn er wußte, daß er damit die entstandenen Kontroversen auslösen wird, die er sich nun geschickt zunutze macht.
Franz P. (Kontakt zum Autor über muenchen@dfg-vk.de)

Skandal in München – der Fall Marian Offman

Kommentar veröffentlicht am 13. Januar 2020 von Abi Melzer

(Abraham Melzer wird als Antisemit bezeichnet, wer sich eine Meinung bilden will: https://de.wikipedia.org/wiki/Abraham_Melzer)
http://der-semit.de/skandal-in-muenchen-der-fall-marian-offman/
Auszüge:
Es geht bei diesem Skandal wieder einmal um Israelkritik und Antisemitismus. Um Philosemiten, die auch Antisemiten sind bzw. Antisemiten, die auch Philosemiten sein wollen. Konkret geht es darum, dass die Organisatoren der Friedenskonferenz, die traditionell in München parallel zur Sicherheitskonferenz stattfindet, Marian Offman als Gastredner abgelehnt haben. Das Büro des Oberbürgermeisters hatte nämlich Offman als Vertreter der Stadt für das Grußwort ausgewählt. Abgesehen davon, dass es schon sehr merkwürdig ist, dass jemand, der gerade erst SPD-Mitglied wurde und zuvor jahrelang bei der CDU gegen Reiter opponiert hat (!) anderen, sicherlich verdienstvolleren Parteimitgliedern vorgezogen wird, sahen die Organisatoren der Friedenskonferenz darin eine Provokation, was ihnen kaum jemand übelnehmen sollte, bis auf Offman selbst natürlich, der nichts anderes dazu zu sagen hatte als: „Ich werde ausgegrenzt, weil ich jüdisch bin.“ Auf die Idee, dass er ausgeladen wurde, obwohl er Jude ist, kam er natürlich nicht, denn für ihn ist sein Judentum keine Religion, die bekanntermaßen jedermanns Privatsache ist, sondern eine ideologische Waffe, um gegen Kritiker der israelischen Politik vorzugehen. Waffen sind aber auf einer Friedenskonferenz nicht sonderlich willkommen.
Wie zumeist einseitige in solchen Fällen kommentierte die SZ das sofort mit dem angeblichen Verweis Thomas Rödls, dem Organisator der Friedenskonferenz, auf Offmans pro-israelische Haltung. Und um ja kein Missverständnis aufkommen zu lassen, fügte Martin Bernstein, der Schreiber der SZ, gleich hinzu: „Offman ist Jude.“ Und dann zitiert er wenige Zeilen weiter Thomas Rödl wie folgt: „Dieser [*Offman*] habe sich offensiv und polarisierend mit politischen Gruppen und Veranstaltungen auseinandergesetzt, die die Politik der Regierung Israels kritisch beurteilen.“
Rödl spricht hier wohlgemerkt von Kritik an der „Politik der israelischen Regierung“ und eben nicht von Kritik an Israel als Staat.
Und Rödl hätte auch darauf hinweisen können, dass Offman sich keineswegs mit „Gruppen und Veranstaltungen“ auseinandergesetzt hat, sondern ganz im Gegenteil jeder Auseinandersetzung aus dem Weg geht. Er gehört nämlich zu jenen, die Veranstaltungen, die sich kritisch mit Israels Politik auseinandersetzen wollen, verbieten lässt. Jetzt passiert ihm also genau das, was er anderen antut, und er hat dafür keine andere Erklärung als „…weil ich Jude bin.“ Aber darum geht es hier in keiner Weise. Hier geht es darum, dass ein Stadtrat, der die völkerrechtswidrige und gewaltorientierte Politik Israels bei jeder Gelegenheit verteidigt und rechtfertigt, bei einer Friedenskonferenz ziemlich fehl am Platz ist, selbst wenn er Eskimo oder Vertreter des Vatikans wäre. ....

Aktuelle Mitteilung (und sehr passend)

Statement der PEN-Präsidentin Regula Venske zu Antisemitismus und Meinungsfreiheit

„findet euch nicht ab / mit den Greueln der Gräber / stimmt ein in die Verwünschungen / der erbitterten Schmetterlinge / erhebt Einspruch / mit der Stimme der Liebe“
(Johanna Moosdorf)[i]

Pressemitteilung, Darmstadt, 27. Januar 2020. Der deutsche PEN ist entsetzt über die Sprache der Verrohung, die seit einigen Jahren vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft vordringt. Die Grenze des öffentlich Sagbaren wird durch gezielte Tabubrüche verschoben, Rassismus oder Sexismus sollen wieder klingen wie zu respektierende Meinungen. Freie Meinungsäußerung bedeutet jedoch keinen Freibrief für Hass und Hetze. Das Recht auf Meinungsfreiheit findet seine Grenze im Straftatbestand der Volksverhetzung. Es findet seine Grenze dort, wo die Menschenwürde angetastet wird. Sprache ist wirkmächtig, Sprechakten folgen Taten. Seit den 1990er Jahren sind in Deutschland fast 200 Menschen Opfer rechtsextremer Mörder geworden. Dies ist unerträglich.

Wir wenden uns entschieden gegen alle Äußerungen des Antisemitismus. Zunehmend tritt der Hass erschreckend krude auf, wenn Neonazis wie Islamisten die altbekannten antisemitischen Verschwörungstheorien und Stereotypen verbreiten. Antisemitismus kommt aber auch scheinbar harmlos, wohlmeinend, gar im Gewand des Philosemitismus daher. Wer mit paternalistischem Gestus „die jüdischen Mitbürger unserer besonderen Solidarität!“ versichert, sollte sich fragen, warum er nicht einfach von Bürgern und Bürgerinnen spricht. Und wer Kritik am israelischen Regierungshandeln reflexhaft als Antisemitismus verteufelt, sollte sich fragen, warum er an Israel andere Maßstäbe anlegt als an jeden anderen Staat der Erde.

Einige Beispiele:

- Seit Jahren wird die Autorin und Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, durch antisemitische Hassreden bedroht; sie erhält Morddrohungen und steht auf den Listen rechter Terroristen. Wir fordern die Sicherheitsbehörden auf, ihr den notwendigen Polizeischutz zukommen zu lassen.[ii]
- Eine Veranstaltung der israelischen Schriftstellerin Lizzie Doron im August 2019 in Berlin musste abgebrochen werden, da 60 offenbar aus London angereiste Vertreter der zum Boykott Israels aufrufenden BDS-Bewegung ihren Vortrag mit Rufen wie „Deine Hände sind voller Blut“ unterbrachen. Lizzie Doron setzt sich für eine Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern ein; sie selbst hält Boykott für ein legitimes Konzept, da niemand dabei getötet werde.[iii]

  Als Schriftstellerinnen und Schriftsteller lehnen wir im PEN kulturellen Boykott ab, da er den freien Meinungsaustausch unterbindet. Gleichwohl sollten Diskussionen darüber im Interesse eines freien Meinungsaustausches in Deutschland öffentlich Raum und dessen Verfechter Gehör finden können.
- Der Wissenschaftler und Publizist Reiner Bernstein, der sich als Vertreter der Zwei-Staaten-Lösung seit vielen Jahren darum bemüht, israelischen und palästinensischen Friedensaktivisten und Menschenrechtsorganisationen im deutschen Diskurs Gehör zu verschaffen – gemeinsam mit seiner Frau Judith beteiligt er sich am Gedenkprojekt „Stolpersteine“ in München – wurde im Buch „Der neu-deutsche Antisemit“ als „ein selbsthassender Jude“ bezeichnet, der tote Juden in Deutschland liebe, aber mit lebenden Juden in Israel ein Problem habe. Dessen Autor, Arye Sharuz Shalicar, ist Leiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten des israelischen Ministeriums für Nachrichtendienste; seine Lesereise in der Bundesrepublik Deutschland wurde vom Beauftragten der Bundesregierung gegen Antisemitismus gefördert. Eine Klage Bernsteins gegen Shalicar und dessen Verlag wegen Rufmords und Verleumdung wurde vom Landgericht Berlin abgewiesen.[iv]

Wir erklären unsere Solidarität mit Reiner und Judith Bernstein, die vom „Aktionsforum Israel“ gar des „Terrors gegen Juden“ bezichtigt wurden. Kritik an der israelischen Regierung und ihrer Politik ist nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen. Eine solche Sichtweise verweigert anderen, z. B. kritischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Solidarität.

Unsere Charta verpflichtet jedes PEN-Mitglied nicht nur, „jeder Art der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung“ entgegenzutreten, sondern auch, „mit äußerster Kraft für die Bekämpfung jedweder Form von Hass“ – wie Rassen-, Klassen- und Völkerhass sowie Hass aufgrund des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung – „und für das Ideal einer einigen Welt und einer in Frieden lebenden Menschheit zu wirken.“ Diese Ziele, Meinungsfreiheit und Völkerverständigung, widersprechen einander nicht, sondern gehören zusammen. Ihre Dialektik auszuhalten und von Fall zu Fall immer wieder neu auszuloten erfordert Sorgfalt beim Hinhören und Mäßigung beim Sprechen. Freiheit, auch Meinungsfreiheit, ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Finden wir uns nicht ab mit den Gräueln, erheben wir Einspruch mit Herz und Verstand und, wo immer möglich, „mit der Stimme der Liebe“!

Für das Präsidium des PEN-Zentrums Deutschland: Regula Venske, Präsidentin

Pressekontakt: Felix Hille, E-Mail: f.hille@pen-deutschland.de

---

Darauf bezieht sich der nachfolgende Leserbrief
https://taz.de/Israelbezogener-Antisemitismus/!5655149/
https://taz.de/Friedenskonferenz-in-Muenchen/!5655704/
https://taz.de/Absage-der-Muenchner-Friedenskonferenz/!5658437/

Hallo Herr Baur - per mail an die TAZ am 30.1. 2020
Zu den Artikeln: “Jüdischer Stadtrat ausgeladen” und “Schwere Vorwürfe zum Abschied“
Dominik Baur 14.1. 2020, 20.1.2020 - wurde natürlich nirgends veröffentlicht!

Richtigstellung 1:
Herr Offman wurde nicht ausgeladen, er war noch gar nicht eingeladen. Der Trägerkreis war noch in der Entscheidungsfindung, er hat sich erst am 4.1. wieder getroffen.
Mit der Falschmeldung „Ausladung“, Süddt. Zeitung vom 24.12 2019 hat Herr Offman zusammen die Kampagne losgetreten, die uns letztlich zur Absage der Konferenz veranlasst hat.
Sie haben diese Falschmeldung übernommen, ohne mit mir zu sprechen, ich war im Büro greifbar.
Richtigstellung 2:
Ich habe die Ablehnung von Herrn Offman nicht mit seiner Ablehnung der BDS- Kampagne begründet. In Ihrer Formulierung zeigt sich die Unterstellung: „*Gemeint sein dürfte damit Offmans Kritik an der Kampagne BDS“*
Herr Offman hat unabhängig von der BDS- Kampagne versucht, Veranstaltungen zu verhindern und Gruppierungen einzuschüchtern, die Kritik an der Politik des Staates Israel üben; auch solche, die alljährlich die Demo gegen die Sicherheitskonferenz vorbereiten.
Die fortgesetzten Angriffe von Herrn Offman - zusammen mit anderen CSU- Stadträten - gegen das Eine-Welt-Haus, habe ich immer als Angriff auf die gesamte dort verkehrende linke, alternative und migrantische Szene betrachtet.
BDS war kein Gegenstand unseres geplanten Programms, der BDS- Beschluß des Münchner Stadtrates wäre also auch kein Kündigungsgrund für das Alte Rathaus gewesen.
„*Ganz anders als Friedenskonferenz-Organisator Thomas Rödl, der offensichtlich ein starker BDS-Befürworter ist.“ (im Artikel vom 20.1.).. „begründete die Ausladung vielmehr damit, dass man befürchtet habe, dass Offman die BDS-Kampagne zum Thema machen werde“*
Woher haben Sie das? Eine weitere Unterstellung ohne Grundlage, sie hätten mich fragen können! Mit dem „offensichtlich“ dichten Sie mir eine Nähe zu dieser Kampagne an, zu der ich mich nie geäußert habe. (außer jetzt im Zusammenhang mit dem Antisemitismus- Vorwurf, aktuell von heute: http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=60)

Das ist wirklich mieseste Stimmungsmache und beschädigt den Ruf der TAZ!
„Daher befürchten wir, dass dann plötzlich diese Themen die Veranstaltung im Alten Rathaus dominieren, die nicht Gegenstand unseres Programms sind."
Das war meine Formulierung in der Stellungnahme an die Süddeutsche Zeitung, die Herr Offman vermutlich kennt - „Themen dominieren"… das ist viel mehr als BDS, damit ist die gesamte Situation in Israel und Palästina gemeint, aber natürlich auch die Manöver des Herrn Offman in der Stadtpolitik, der bekanntlich mit seinen GegnerInnen nicht redet, der immer aus dem Hinterhalt feuert - bei unserer Veranstaltung hätten sie ihn erstmals live vor der Nase gehabt. Und versucht, ihn zur Diskussion zu zwingen…
Richtigstellung 3:
Ich habe also Herrn Offman wegen seiner politischen Positionen und Aktivitäten als unpassend für das Grußwort bei der Friedenskonferenz betrachtet - nicht wegen seiner Religionszugehörigkeit. Jede Unterstellung von antisemitischer Motivation weise ich zurück.
Ich identifiziere ihn mit den Positionen der CSU zu Aufrüstung, Atomwaffen, Militär. (so auch in meiner ersten Stellungnahme v. 23.12. 2019, seit dem 13.1. online:
http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58)

„Israelbezogener Antisemitismus" in Ihrer Überschrift:
Der Begriff ist Unfug, Antisemitismus ist immer israelbezogen, denn die Juden sind das Volk Israel. Aber Kritik an den konkreten Aktionen der Organe des Staates Israel muss möglich sein und darf frei geäußert werden. Es ist unsinnig, das als Antisemitismus zu definieren. Das lenkt ab vom eigentlichen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft.
Vgl. meinen aktuellen offenen Brief an den Antisemitismus-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung: http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=60
Im Übrigen war Israel oder BDS nie Gegenstand unseres geplanten Programms.
Wie wärs wenn Sie unseren Stellungnahmen ebenso viel Platz einräumen würden wie den Einschätzungen von Herrn Offman?
Hier finden Sie weitere Stellungnahmen und einen objektiven Artikel von Dagmar Henn
http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=59

Zum Kommentar von Martin Kraus v. 20.1.

Dieser unsägliche Kommentar beruht auf den falschen Annahmen, die ich oben richtig gestellt habe. Die Gründe für die Ablehnung seiner Person, CSU- Positionen zu Militär, Krieg und Atomwaffen, werden geflissentlich ignoriert.
Doch zu begrüßen und notwendig ist die Absage auch, weil die Melange von Antisemitismus und Friedensbewegung so offenkundig geworden ist, dass die linken Friedensfreunde dringendst Einkehr üben müssen. Für sie sind immer noch, immer nur die anderen schuld. Und die anderen, das sind für sie auch Juden.
Diese Sätze sind üble Nachrede…. Ruck zuck unterstellt man uns „die Juden sind an allem Schuld"
Mein Kommentar: Herr Offman wird nur als Jude wahrgenommen, nicht als konservativer Politiker, der sich wegen seiner Manöver in der Stadt kritisieren lassen muss - und uns wird Antisemitismus als einziges Handlungsmotiv unterstellt.
Die Friedenskonferenzen der letzten Jahre sind ganz gut dokumentiert, da werden Sie nichts finden was den Antisemitismus-Vorwurf begründen könnte.
Es grüßt Thomas Rödl
Medienmitteilung der DFG-VK Bayern:
http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=59

---

https://taz.de/Absage-der-Muenchner-Friedenskonferenz/!5658437/
der hetzerische Kommentar hier einkopiert:

Absage der Münchner Friedenskonferenz, TAZ Kommentar, Martin Krauss, 20.1.2020

Schuld sind die anderen

Die Münchner Friedenskonferenz ist nach Antisemitismus-Vorwürfen abgesagt. Zeit für innere Einkehr bei der linken Friedensbewegung.

Ohne Großmäuligkeit können sie es anscheinend nicht. Weil „die Unversehrtheit für alle an der Münchner Friedenskonferenz Beteiligten nicht mehr gewährleistet“ sei, hätten sich die Veranstalter zur Absage entschieden, teilen sie mit. Schuld sind die anderen, und diese seien auch gefährlich.

Dabei waren es die Konferenzveranstalter selbst, die verhindern wollten, dass mit dem SPD-Stadtrat Marian Offman ein Jude das traditionelle Grußwort des Münchner Oberbürgermeisters übermittelt. „Kein Jude“, so hätten sie es selbst gewiss nicht formuliert, aber dass sie konkret etwas gegen Offman haben, das sagen sie schon. Dieser ist seit Jahren ein engagierter Sozialpolitiker und aktiv in der jüdischen Gemeinde.

Judenhass bekämpft Offman nicht nur bei Rechten, sondern auch im linken Milieu Münchens. Dort kommt das Ressentiment meist mit einer verschwiemelten Ablehnung Israels daher. Dass damit mehr als bloß die Regierung in Jerusalem gemeint ist, offenbart sich immer dann, wenn es unter der antizionistischen Fahne auch gegen einen deutschen Sozialpolitiker geht. Und zwar gegen einen, der Jude ist und auch deswegen zu Israel steht – weswegen sich Offman unter anderem sehr kritisch zur Boykottbewegung BDS geäußert hat – was die Veranstalter zum Anlass für seine Ausladung machten. Der jüdische Staat ist für Juden eben auch eine Rückversicherung, wenn der Hass hier wieder stärker wird.

Nun wird sie also ganz abgesagt, die Friedenskonferenz, die seit 2003 eine Antwort auf die Münchner Sicherheitskonferenz darstellt. Die Absage muss man zugleich bedauern und begrüßen. Bedauern, weil das früher auch als Wehrkundetagung bezeichnete jährliche Treffen von Rüstungslobbyist:innen, Politiker:innen und Militärs ja wirklich Widerspruch benötigt. Doch zu begrüßen und notwendig ist die Absage auch, weil die Melange von Antisemitismus und Friedensbewegung so offenkundig geworden ist, dass die linken Friedensfreunde dringendst Einkehr üben müssen.

Was die Veranstalter jedoch bislang als Begründung ihrer Absage verlautbaren ließen, deutet an, dass sie von der nötigen Selbstkritik sehr weit entfernt sind. Für sie sind immer noch, immer nur die anderen schuld. Und die anderen, das sind für sie auch Juden.